



An den
Bürgermeister der Stadt Kamen
Herrn Hermann Hupe
Rathausplatz 1

59174 Kamen

Kamen, 21. Juni 2013

Umsetzung des Lärmaktionsplanes in der Stadt Kamen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die CDU-Fraktion beantragt für die Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 1. Juli 2013 den oben genannten Tagesordnungspunkt. Die Beantragung gliedert sich in zwei Teile:

- Zum einen beantragen wir, dass die Verwaltung einen Überblick über den Umsetzungsstand der Maßnahmen aus dem Lärmaktionsplan für die Stadt Kamen gibt.
- Des Weiteren beantragen wir (zweiter Teil) über nachfolgenden Beschlussvorschlag zu beraten und einen Beschluss zu fassen.

Beschlussvorschlag:

Der Planungs- und Umweltausschuss der Stadt Kamen beschließt, dass im Zusammenhang mit einer möglichen Ampelanlage auf der B233/Unnaer Straße ein Gutachten eingeholt wird, mit welchem die Auswirkungen einer möglichen zusätzlichen Ampelanlage auf der B233 in Bezug auf die Gesamtverkehrssteuerung auf der B233 und der angrenzenden Bereiche analysiert und bewertet wird. Dies schließt eine finanzielle Bewertung möglicher Anpassungsmaßnahmen an anderen betroffenen Verkehrsanlagen mit ein.

Das Gutachten ist dem Planungs- und Umweltausschuss vollständig und schriftlich zur weiteren Beratung vorzulegen.

Begründung:

Teil A – Bericht der Verwaltung

Mit dem vom Rat der Stadt Kamen mehrheitlich am 21. Juli 2011 beschlossenen Lärmaktionsplan wurde eine Vielzahl von Maßnahmen zur Lärmreduktion auf den Weg gebracht. Im Fokus der Debatte stehen derzeit allerdings eher Maßnahmen, die ausschließlich die Unnaer Straße betreffen, obwohl der LAP zahlreiche andere Straßen ebenfalls in den Blick genommen hat. Daher beantragen wir einen Bericht, der einen Überblick über den gesamten Umsetzungsstand des LAP gibt.

Teil B – Gutachten über die Auswirkungen einer weiteren Ampelanlage auf der B233 auf die Gesamtverkehrssteuerung

Am 26. September 2012 wurden im Verkehrsausschuss die Ergebnisse einer Verkehrsuntersuchung und Vorplanung in Bezug auf die „Verkehrsplanungen zum Knotenpunkt B233/Unnaer Straße/Henri-Everling-Straße

sowie angrenzende Kreuzungsbereiche" vorgestellt.

Dieses im September 2012 mündlich im Straßenverkehrsausschuss vorgestellte Gutachten geht lediglich auf die grundsätzliche Möglichkeit einer Ampelanlage an dieser Stelle ein und stellt Maßnahmen dar, die die direkt anliegenden Kreuzungspunkte an Südkamen/Kamen-Süd betrifft. Die Darstellung dieser Maßnahmen – auch der jeweiligen Zuständigkeiten – erfolgt hingegen ohne Nennung, welcher zusätzliche finanzielle Aufwand hieraus für die öffentliche Hand resultiert.

Ob und inwiefern eine Berücksichtigung von weiteren Verkehrsplanungen, die das Gebiet Südkamens betreffen, bei dem September-Gutachten erfolgt ist, ist weder aus dem der Niederschrift angefügten Präsentation noch der Niederschrift selbst zu entnehmen.

Des Weiteren fehlen Simulationsrechnungen, wie sich eine weitere und damit achte Ampelanlage auf der B233 auf die Gesamtverkehrssteuerung im Stadtgebiet – insbesondere die gesamte B233 auf Kamener Stadtgebiet betreffend – auswirkt. Wir weisen darauf hin, dass erst vor kurzem die Lichtzeichenanlage an der „Bachmann-Kreuzung“ (B233/Lünener Straße) für 150.000 EUR neu eingetaktet worden ist.

In diesem gesamten Zusammenhang ist es schon mehr als merkwürdig, dass angeblich die Fördermittel bereits zur Verfügung stehen, obwohl diese grundlegenden Fragestellungen noch gar nicht geklärt sind.

Des Weiteren stellt sich für uns die Frage, ob der Platzbedarf auf der Henry-Everling-Straße für die Straßengestaltung in Zusammenhang mit einer Ampelanlage überhaupt ausreicht – denn erst kürzlich ist dort ein breit angelegter Radfahrstreifen baulich erstellt worden. Ein- und ausfahrende Verkehre werden dort Platz benötigen. Sofern der Radfahrstreifen dann baulich zurückgesetzt werden muss, ist das aus unserer Sicht eine klare Fehlsteuerung öffentlicher Mittel.

Für die Umsetzung einer Ampelanlage auf der B233, die bis heute kein Beschlussgegenstand ist, werden im Haushalt 2013 insgesamt 1,185 Mio. EUR investive Auszahlung veranschlagt. Dagegen werden geplante Investitionszuweisungen von 712,5 TEUR veranschlagt. Somit hätte die Stadt Kamen bei Umsetzung dieser Maßnahme 472,5 TEUR selbst aufzubringen.

Angesichts der Haushaltslage der Stadt Kamen verlangt diese – noch nicht beschlossene Maßnahme – eine entsprechende Prüfung und dies erfordert, dass das fehlende Gutachten schnellstmöglich vorgelegt wird.

Mit freundlichem Gruß



Ina Scharrenbach MdL
Fraktionsvorsitzende